

Tagungsberichte

Michaela Müller, Ceren Türkmen

Feminisms Reloaded: Umkämpfte Terrains in Zeiten von Antifeminismus, Rassismus und Austerität Jahrestagung der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 3. bis 5. Dezember 2015 an der Justus-Liebig-Universität Gießen¹

Zusammenfassung

Die Tagung „Feminisms Reloaded: Umkämpfte Terrains in Zeiten von Antifeminismus, Rassismus und Austerität“ beschäftigte sich mit Debatten um Austeritätspolitiken und jüngsten rassistischen und antifeministischen Entwicklungen im europäischen Raum. Die international besetzten Panels und die anschließenden Diskussionen bezogen dabei insbesondere die Rolle von Akteur_innen aus Politik, Medien und Wissenschaft mit ein und zogen sowohl nationale Fallbeispiele als auch europäische Perspektiven heran. Die Referierenden und Teilnehmenden gingen den Fragen nach, wie aktuelle Denk- und Argumentationsmuster aussehen, die in rassistischen und/oder antifeministischen Bezügen verankert sind, und wie sich diese Positionen aus feministischer und antirassistischer Perspektive analytisch fassen lassen können.

Schlüsselwörter

Antifeminismus, Antirassismus, Austeritätspolitik, Europa, Krise, Rechtspopulismus

Summary

Feminisms Reloaded: Contested Terrains in Times of Anti-Feminism, Racism and Austerity. Annual meeting of the Section Women's and Gender Studies in the German Sociological Association, 3 to 5 December 2015, Justus Liebig University of Gießen

The conference "Feminisms Reloaded: Contested Terrains in Times of Anti-Feminism, Racism and Austerity" dealt with debates about austerity policy and recent racist and anti-feminist tendencies at European level. The international panels and ensuing discussions addressed the role of the agents of politics, media and research and used national case studies to illustrate their arguments. The speakers and participants considered current patterns of thought and argumentation based on racist and/or anti-feminist viewpoints and how these positions can be framed analytically from a feminist and anti-racist perspective.

Keywords

anti-feminism, anti-racism, austerity policy, Europe, crisis, right-wing populism

Seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise stehen sowohl die polit-ökonomischen Integrations- als auch die neoliberalen Enteignungsprozesse im Finanzkapitalismus (erneut) im Fokus einer internationalen und kontroversen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskussion. In der aktuellen Konjunktur von Austeritätspolitik und Migrationsdynamik zeigen sich die Krisenmomente der europäischen Gesellschaft wie auch die Kohäsionsfähigkeit der Europäischen Union und Europas in einer bri-

¹ Eine modifizierte Fassung des Tagungsberichtes ist unter www.soziopolis.de/vernetzen/veranstaltungenberichte/artikel/feminisms-reloaded-umkaempfte-terrains-in-zeiten-von-antifeminismus-rassismus-und-austeritaet-1/ einsehbar.

santen Art und Weise. Die diskursiven Bedrohungsängste in den Medien und die Manifestierung von Grenzen spiegeln wider, was jenseits der individuellen Armuts- oder auch Kriegsflucht konkreter Protagonist_innen passiert. Die Migration in die EU ist zu einer Bewegung der Infragestellung und Flexibilisierung von Grenzregimen, lokalen Krisenlösungsstrategien und national-territorial organisierten Gesellschaften sowie der Verteilungskonzepte von Arbeits- und Aufenthaltsrechten geworden. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie globale Demokratie, lokale Konvivialität sowie die Organisation und Verteilung von gesellschaftlichen Gütern und Sorgearbeiten stattfinden und organisiert werden sollen. Die Antworten aus dem rechtspopulistischen Lager auf die Herausforderung der Neuzusammensetzungsdynamik der Gesellschaft und ihre Verbindung mit anti-feministischen Argumentationen in Deutschland und Europa zeigen erneut, dass die Fragen von Feminismus/Geschlechteranalyse und Anti-Rassismus/Rassismusanalyse ambivalent zusammenhängen. Trotz historischer, diskursiver und regionaler Besonderheiten des europaweiten Rechtspopulismus gibt es eine charakteristische Konvergenz in der Argumentation gegen Geflüchtete und für nationale Standortpolitiken als Krisenlösungsstrategien in direkter oder indirekter Verbindung zu antifeministisch-neokonservativen Diskursen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in ihrer Jahrestagung der Frage angenommen, wie sich feministische Analysen und Positionen in Zeiten von Austerität und wachsender Migration organisieren lassen. Sowohl auf europäischer Ebene als auch in Bezug auf nationale Konfliktfelder kamen in den unterschiedlichen Panels und Diskussionen wiederholt bestimmte Fragestellungen zur Sprache: Worauf gründet die Konjunktur des jüngsten Rassismus-/Antifeminismus-Komplexes? Welche Widersprüche bestimmen dessen Erfolg? Wie sehen die themenübergreifenden Denk- und Argumentationsmuster des aktuellen Antifeminismus aus? Welche Bündnispartner_innen des Antifeminismus beziehen in Politik, Medien und Wissenschaft Stellung gegen feministische Positionen, Theorien, Analysen und institutionelle Gleichstellungspolitik? Lässt sich schon von einem Kampf um Hegemonie und von einer kohärenten Ideologie des Antifeminismus und Rassismus sprechen oder handelt es sich (noch) um isolierte Versuche einzelner Akteur_innen und Gruppen?

Um zu einer differenzierteren Einschätzung zu kommen, hat das Organisationsteam der Jahrestagung bewusst internationale Referent_innen eingeladen und einen transnationalen Analyserahmen gewählt, um die Fragen mit einem wissenschaftlichen Publikum aller Staturebenen und Interessierten aus dem In- und Ausland zu diskutieren.

Diana Mulinari (Lund) erläuterte, wie rechtspopulistische Parteien mit den allgemein propagierten Gleichstellungsansätzen in Konflikt geraten. Ihre Beobachtungen zur Partei der „Sweden Democrats“ seien auch auf andere europäische Länder übertragbar. Sie legte ihren Fokus auf Sprecherinnen, da derzeit verstärkt Frauen wichtige Positionen in rechtspopulistischen Parteien innehaben. Das war auf europäischer Ebene in den 1990er Jahren noch nicht der Fall. Entsprechend würden antifeministische Sichtweisen inzwischen häufig ausgerechnet von Frauen nach außen kommuniziert. Dies stelle auf mehreren Ebenen eine problematische Verbindung dar: Zum einen übertragen sich rassistische Vorstellungen von Gleichstellung in nationale und europapolitische Gremien. Zum anderen ist dies nach Mulinari nur möglich, da entsprechende Forderungen von

(migrantischen) Frauen rechtspopulistischer Parteien an die Gleichstellungspolitik gerichtet werden. Hierdurch sei es überhaupt erst möglich geworden, dass immer mehr rechtspopulistische Vorstellungen von Gleichstellung in die aktuelle Politik einfließen. In diesen Sichtweisen scheint zudem eine Neigung zum Antislawismus vorzuliegen, über die im Anschluss eingehend diskutiert wurde. Es stelle sich anhand dieser Entwicklungen die Frage, welche Form feministischen Denkens Überschneidungen mit Antimigrationsdiskursen aufweist. Mulinaris Argument veranschaulicht, wie das migrantische Kollektiv die EU in Bewegung setzt. Es führt damit nicht zuletzt vor, dass nicht nur die migrierenden Menschen als Migrationskollektiv, sondern auch die Gesellschaften und Gemeinschaften, in die migriert wird, quasi „kollaborativ migrantisch“ werden und staatliche Kontroll- und Regulationsstrategien ebenso neu auf diese Bewegung reagieren müssen.

Anna Carastathis (Lissabon) warf einen diskursanalytisch interessierten Blick auf die Finanz- und Flüchtlingskrise in Griechenland, um zu klären, wie, warum und wann genau welche Krise zu „unserer“ bzw. zur Krise „anderer“ wird. Anhand des Migrationsmanagements in Griechenland stellte sie dar, welche Diskurse sich bezüglich einer Bedrohung der Souveränität des Landes verbreiten, die wiederum nationalistischen Parteien als Argumentationsgrundlage dienen. So kann sich laut Carastathis eine über Affekte ausgetragene Auseinandersetzung mit Austeritätspolitik etablieren, deren Hegemonie sich in Griechenland aus der Angst vor einem „Failed State“ sowie vor dem Verlust der nationalen Souveränität und Identität speist. Da zusätzlich normativ-moralische Kategorien wie „Schuld“ und „Schuldige“ in den bestehenden Krisendiskursen sowohl der politischen Parteien als auch der Medien zirkulieren, etablieren sich rassistische und antifeministische Gedanken innerhalb der Bevölkerung, die durch kollektivierende Zuschreibungen und Betroffenheitsgefühle bestärkt werden.

Umut Erel (Milton Keynes) vertiefte diese Thematik ausgehend von den Ergebnissen ihres Forschungsprojekts in Großbritannien. Anhand dieser konnte sie nachweisen, dass Multikulturalismus und Feminismus als Gefahr für weiße hegemoniale Männlichkeiten wie auch die gesellschaftliche Ordnung insgesamt wahrgenommen und beschrieben werden. Antifeministische Aktivist_innen oder Intellektuelle inszenieren sich als Retter_innen oder Beschützer_innen der Nation, wobei sie für den Erhalt und die Reproduktion von „normierten“ Familien(werten) argumentieren. Die „Sorge“ um die Nation ist diskursiv gekoppelt an eine kollektive Angst um die Nation und die Familie. Die Familie wird hierbei zusätzlich mit den zentralen Reproduktionsmerkmalen der Erziehungs- und Care-Arbeit verknüpft. Ihre Analysen bettet Erel in die Theorien von Pierre Bourdieu, Jean Claude Passeron und Etienne Balibar ein, die in unterschiedlichen Arbeiten eine theoretische Analyse der Beziehung zwischen sozialem Kapital und kultureller Reproduktion als Auseinandersetzungen im Feld der Nation entwickelt haben. Zugleich wird ersichtlich, dass sich diese Ansicht mit Positionen deckt, wonach der Finanzkapitalismus wie auch die Austeritätspolitik im globalen „Lohnpatriarchat“ (vgl. Federici 2004: 97) neue transnationale ökonomische Verhältnisse, Care-Krisen und Zugehörigkeitsdiskurse schaffen.

Suvi Keskinen (Turku) bestätigte mit ihrem Vortrag Erels These, der Multikulturalismus werde als besondere Gefahr in der Öffentlichkeit angesehen. Obwohl die breite Öffentlichkeit Finnlands rechtspopulistischen Parteien oft ablehnend gegenüberstehe,

würden sich Parteien selbst eher zurückhaltend äußern, um Gespräche zur Regierungsbildung nicht zu gefährden. Keskinen zeigte in ihrem Vortrag sowohl den öffentlichen-medialen zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen eine Normalisierung des Rassismus als auch die unsichtbaren Manifestierungsmechanismen in Normalisierungsprozessen von Rassismus auf. Sie verdeutlichte damit, dass oft politische Partizipationsbedürfnisse einerseits und systemkritische Forderungen nach mehr Demokratie andererseits im Widerstreit stehen.

Andrea Pető (Budapest) führte am Beispiel der Gleichstellungspolitik Ungarns aus, dass gängige politische Maßnahmen nicht (mehr) ausreichen. Vielmehr seien neue Strategien erforderlich, damit sich kürzlich entstandene antifeministische und rassistische Programme nicht längerfristig durchsetzen. Die Bedrängnis scheine noch akuter zu sein, da antifeministische Politiken feministische sowie antiessenzialistische Konzepte und Analyse(n) kolportierten. Pető stellte weitergehende Überlegungen dazu an, wie das Projekt feministischer Wissenschaft an den Institutionen neu fortgeführt werden kann. Aus ihrer Analyse der aktuellen Krise feministischer Politiken folgerte sie, es sei notwendig, eine neue Sprache einzufordern und selbstkritisch nach immanenten Problemen des Feminismus zu suchen. Nur deren Überwindung könne zu neuen emanzipativen und demokratischen Allianzen und Resonanzen führen.

Carmen Romero Bachiller (Madrid) geht davon aus, dass die Zunahme sozialer Ungleichheiten und von Flucht und Vertreibung dem Feminismus schadet, indem wirtschaftliche Probleme andere gesellschaftliche Konflikte – und damit auch die im Bereich der Geschlechterverhältnisse – aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verdrängen. Ihre These veranschaulichte sie an aktuellen politischen Veränderungen im Zusammenhang mit der in Spanien herrschenden Krisensituation. Öffentliche Gelder würden z. B. kaum noch in Geschlechtergerechtigkeit, in antirassistische oder in andere Antidiskriminierungspolitik gesteckt. Die so geminderte Sichtbarkeit der Genderproblematik werde durch neue progressive Parteien zusätzlich beeinträchtigt, da letztere geschlechterbezogene Politik vermieden. Stattdessen sollten Menschen durch individualisierten Liberalismus angesprochen werden.

Welche Rolle der Staat in solchen Diskursen spielen kann und welche Wirkung die zuvor dargestellten Argumentationen auf traditionelle Familienwerte und den Schutz der Öffentlichkeit haben können, legte *Elena Zdravomyslova* (St. Petersburg) aus staats-theoretischer Perspektive kritisch für Russland dar. Konkret zeigte sie, mit welchen Maßnahmen der konservative Staat, sowohl mittels herrschender Parteien als auch unterstützt durch nationalistische Organisationen, die angebliche „moralische Krise“ der russischen Gesellschaft zu verhindern sucht.

Mariam Popal (Bayreuth) rekonstruierte in einer postkolonial-philosophisch-kritischen Abhandlung die Herstellung von „Kommunalität“, indem sie sich kritisch mit Wendy Browns Position zu „Affekten“, deren „Politisierbarkeit“ und deren Wert für feministische Philosophien auseinandersetzte. Ihr Forschungsinteresse gilt zum einen dem Phänomen, dass über mediale und digitale Kanäle zunehmend gewalttätige Hassreden verbreitet werden, die Argumente anti-feministischer, anti-queerer und maskulistischer Bewegungen reproduzieren. Zugleich sei aber eine Diversity-„Alibipolitik“ entstanden, gegen die vonseiten der Öffentlichkeit bzw. anderer politischer Parteien zurückhaltend argumentiert werde bzw. gegen die, wie beispielsweise Pető zuvor äußerte,

keine neuen Argumente angeführt würden, sondern auf bereits bekannte zurückgegriffen werde. Zum anderen setzte sich Popal mit dem Diskurs zum 11. September 2001 auseinander, wobei ihr das Konzept des kolonialen Neorassismus als Analysegrundlage diene. In der Debatte um 9/11 und die Afghanistankriege zeichnete sie verschiedene Spielarten dieses Konzeptes nach, die sie in die Kategorien rassistisch, antimuslimisch, neoorientalistisch, kolonial und neomaterialistisch einordnete und allgemein als dehumanisierend kritisierte.

Obschon die Ambivalenzen des Antifeminismus wie auch die des Rassismus im aktuellen Migrationsregime auf gleichstellungs- wie gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf hinweisen, ist es auf der anderen Seite nicht so einfach, politische Übersetzungsprozesse der vorgetragenen Befunde einzufordern, Handlungsvorgaben und Imaginationen zu formulieren. Gleichwohl stellt sich die Frage nach der Zukunft der Geschlechterforschung auf unterschiedlichen Ebenen, die im Open Space sowohl generationenübergreifend als auch zwischen akademischen und nicht-akademischen Teilnehmer_innen diskutiert wurde. Kontrovers, kritisch und leidenschaftlich wurde eine geschlechtertheoretische Kritik an Austeritätspolitiken formuliert, um analytische wie auch politische Differenzen, Generationenkonflikte und Machtverhältnisse in den Projekten von Feminismen und Antirassismen/Dekolonialität transparent zu machen.

Im finalen Plenum kamen *Noa Ha* (Berlin) und *Nadia Shehadeh* (Mädchenmannschaft), die als Beobachter_innen zur gesamten Tagung Stellung nahmen, auf diese Fragen zurück. In ihren kritischen Nachfragen an Paneldiskutant_innen sowie Organisator_innen wurden erfreulicherweise Themen aufgegriffen, die sowohl aus feministischer als auch antirassistischer Perspektive für eine kohärente Analyse der Situation in von Austeritätspolitik geprägten Gesellschaften von Bedeutung sind. Gefragt wurde dabei: Wann sind Grenzen der feministischen und geschlechteranalytischen Analyse erreicht, wann berühren sie andere Themen? Und weshalb reichen klassische Kategorien nicht mehr aus, um den aktuellen Rechtspopulismus wie auch neue Projekte einer sozialen, multiplen, sorgenden, globalen Gesellschaft zu denken? Gemeinsam mit dem Plenum kamen die Kommentator_innen anhand der Betrachtung verschiedener nationaler Kräfteverhältnisse zu dem Schluss, dass eine Situationsanalyse Deutschlands als Krisengewinnerland und derzeitiges Hauptziel der Migration unumgänglich sei. Im Programm fehlte ein vertiefender Beitrag zur Situation in Deutschland, weshalb es umso wichtiger war, zum Abschluss noch eine Diskussion zu den antifeministischen und rassistischen Bearbeitungsprozessen zu Krise und Migration in Deutschland zu führen. Es wird zukunftsweisend für die weitere Demokratisierung der Europäischen Union sein, sich sowohl lokal als auch transnational mit den hiesigen rechtspopulistischen Entwicklungen sowie den sozialen, feministischen und antirassistischen Kämpfen dagegen auseinanderzusetzen.

Literaturverzeichnis

Federici, Silvia (2004). *Caliban and the Witch*. Chico/CA: AK Press.

Zu den Personen

Michaela Müller, Dipl.-Soz.-Wiss., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: soziale Ungleichheit, Frauen- und Geschlechterforschung, Queer Theorien, quantitative und qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung.

E-Mail: michaela.mueller@sowi.uni-giessen.de

Ceren Türkmén, M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: kritische Gesellschaftstheorie, globale soziale Ungleichheit, Stadtethnografie, Migrations- und Rassismusanalyse, kritische Staats- und Hegemonietheorie, Klassenanalyse und Cultural Studies, Soundethnografie, Arbeitssoziologie.

E-Mail: ceren.tuerkmen@sowi.uni-giessen.de